

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



Wladyslaw Bartoszewski

Europas Identität nach der Osterweiterung

Discussion Paper

C127
2003

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-27-9

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>

Prof. Dr. Dr. h.c. Władysław Bartoszewski, Jahrgang 1922, 1940 einer der ersten Häftlinge des KZ Auschwitz, schwerkrank entlassen, als Mitglied der Heimatarmee 1944 Teilnahme am Warschauer Aufstand; 1946-48 und 1949-54 wegen angeblicher Spionage in Haft. Mitarbeiter der katholischen Zeitung Tygodnik Powszechny; 1973 Professor für politische Zeitgeschichte an der Katholischen Universität Lublin. Mitglied der Solidarność, von Dezember 1981 bis April 1982 interniert; nach seiner Freilassung Hochschullehrer in München, Eichstätt und Augsburg. 1990-95 Botschafter der Republik Polen in Wien; von März bis Dezember 1995 sowie von Juni 2000 bis Oktober 2001 polnischer Außenminister. Mitglied des Internationalen Beirates des ZEI. 1986 Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, 1996 Heinrich-Heine-Preis; zahlreiche Orden und Auszeichnungen in Polen und Deutschland.

Publikationsauswahl: Der Todesring um Warschau, 1969; Herbst der Hoffnungen, 1983; Das Warschauer Ghetto – wie es wirklich war, 1986; Aus der Geschichte lernen? 1986; Uns eint vergossenes Blut, 1987; Es lohnt sich, anständig zu sein. Meine Erinnerungen, 1995.

Dokumentation eines „ZEI-Europaforums“
am 09. Oktober 2003

Wladyslaw Bartoszewski

Europas Identität nach der Osterweiterung der EU

In der Überschrift meines Artikels steckt – beabsichtigter – oder auch zufälligerweise – mehr Aussagekraft, als man zunächst glaubt. Ich sehe diese nicht lediglich als eine *Frage* nach der europäischen Identität als Folge der Erweiterung, sondern vielmehr als eine von den Organisatoren hervorragend formulierte *Feststellung*, die mir den Einstieg sehr erleichtert. Ich war nämlich schon immer der Meinung, daß wir eben erst nach der sogenannten Osterweiterung überhaupt von der Identität Europas bzw. ihrer Wiederentdeckung sprechen können. Von einer Wiederbesinnung auf das gemeinsame Fundament europäischer Einheit, die uns erlaubt über den vielerorts stets präsenten Nachlaß des vergangenen halben Jahrhunderts hinwegzuschauen, zu einem Europa, in dem weder die uns leider all zu gut vertraute Spaltung auf „Ost“ und „West“ existierte noch die neuerlich aufgetauchte und nicht weniger unbegründete Unterscheidung zwischen „alt“ und „neu“. Zu einem Europa also, das noch über eine klare Identität verfügte, das *identisch*, d.h. innerlich übereinstimmend und echt war. Kurzum: zu einem Europa im wahrsten Sinne des Wortes.

Europäische Integration als Garant des Friedens und Wohlstands

Die europäische Integration, die im Jahre 1957 mit der Unterzeichnung der Römischen Verträge begann, hat dem über Jahrhunderte von Kriegen heimgesuchten alten Kontinent und seinen Völkern eine nie dagewesene

Zeit des Friedens und des ständig wachsenden Wohlstands gebracht. Dies ist – vor allem vor dem Hintergrund der dunkelsten Kapitel der Geschichte des 20. Jahrhunderts – eine Leistung, die man nicht hoch genug bewerten kann.

Gerade Deutschland erhielt nach dem Krieg die Möglichkeit, in die Gemeinschaft der zivilisierten Völker zurückzukehren und sich, eingebunden in und eingeehgt durch den Prozeß der europäischen Integration, als friedliebende Demokratie und als Rechtsstaat zu bewähren. Eine Probe, die Deutschland glänzend bestanden hat.

Dieser Einbindung, der sich Deutschland von Anfang an uneingeschränkt verschrieben hat, ist es auch zu verdanken, daß sich die verschiedentlich gehegten Befürchtungen bezüglich etwaiger neuer deutscher „Sonderwege“ nicht bewahrheiteten. Ich wage zu bezweifeln, daß die Aussöhnung zwischen den ehemaligen „Erzfeinden“ Deutschland und Frankreich ohne den europäischen Rahmen in der Form möglich gewesen wäre, wie wir sie uns für die polnisch-deutsche Aussöhnung heute zum Vorbild nehmen.

Das Projekt Europa hatte nicht zuletzt zum Ziel, die Wiederholung der jüngsten Geschichte zu verhindern, indem die Wirtschaftszweige, die man wohl – läge dieser Gedanke heute nicht so fern – als „kriegswichtig“ bezeichnen würde, gemeinschaftlicher Kontrolle unterstellt wurden. Dieser im Kern negative Ansatz steht am Anfang einer unvergleichlichen ökonomischen Erfolgsgeschichte. Trotz des gegenwärtigen Reformbedarfs in vielen Bereichen hat sich nicht nur das deutsche „Wirtschaftswunder“ der Nachkriegsjahre im Grunde bis heute beständig fortgesetzt.

Man kann also ohne Übertreibung sagen: die europäische Integration steht für fast 50 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa.

Europa nach dem Umbruch

Als Folge des II. Weltkrieges blieben allerdings viele Staaten, die unbestritten auch zu Europa gehören, über Jahrzehnte von den Früchten der europäischen Integration ausgeschlossen. Ohne eigenes Verschulden fanden sich

die Völker Mittel- und Osteuropas auf der falschen Seite des Eisernen Vorhangs wieder, ihrer inneren und äußeren Selbstbestimmung beraubt.

Der revolutionäre Wandel in eben diesen Staaten war es, der völlig neue Perspektiven für das Zusammenwachsen des europäischen Kontinents eröffnete. Die politischen Umwälzungen, die in Polen 1980 ihren Anfang nahmen und schließlich den Zerfall des Ostblocks besiegelten, schufen nicht zuletzt auch die Voraussetzungen für die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

An dieser Stelle darf ich erinnern, daß mitteleuropäische Länder im allgemeinen und Polen im besonderen den Weg demokratischen Wandels vor allem dank den Anstrengungen eigener Völker betreten haben. Mit Nachdruck gilt es zu betonen, daß die Ordnung von Jalta nicht in die Brüche gegangen ist, weil die westliche Welt – darunter Westeuropa – von der Sowjetunion schließlich die Achtung von Verpflichtungen erzwungen hat, die die Alliierten auf der Krimkonferenz im Februar 1945 gegenüber europäischen Völkern in ihrer Erklärung über Nachkriegseuropa eingegangen sind. Diese Ordnung ist gescheitert, weil die Völker Mitteleuropas selbst nicht mehr des Willens waren, die totalitäre Vorherrschaft des Sowjetimperiums zu dulden, und Moskau aus politischen wie wirtschaftlichen Gründen nicht mehr in der Lage war, sich diesen Bestrebungen zu widersetzen. Selbstverständlich haben westliche Demokratien Unabhängigkeitsambitionen mitteleuropäischer Völker moralisch und politisch unterstützt. Es war aber letztendlich die entschiedene Haltung der Polen, Tschechen, Ungarn, Litauer, Rumänen und Ostdeutscher nötig, um diese Bestrebungen in die Tat umzusetzen.

Der Fall der Berliner Mauer steht wie kein zweites Ereignis für die Überwindung der künstlichen Teilung Europas. Diese wird aus unserer Sicht jedoch erst dann endgültig überwunden sein, wenn Polen und andere mittel- und osteuropäische Staaten ihre „Rückkehr nach Europa“ vollendet haben, d.h. Vollmitglieder der Europäischen Union geworden sind – eine Perspektive die schon bald zur Realität wird.

Denn die Erweiterung der Europäischen Union hat noch eine tiefere Dimension. Bei ihrer Beschreibung bin ich geneigt, auf das Vokabular der

deutschen Einheit zurückzugreifen: es soll nämlich zusammenwachsen, was zusammengehört.

Die Gemeinschaft war zu allen Zeiten – und ist es heute noch – stets mehr als ein Zweckbündnis zur Mehrung des Wohlstandes ihrer Mitglieder – wenngleich natürlich gerade der ökonomische Erfolg der EWG, später der EG, dann der EU, unbestreitbar ist und in hohem Maße ihre Attraktivität für die beitrittswilligen Staaten Mittel- und Osteuropas ausmacht. Dennoch: in ihrem Kern ist die Europäische Union vor allem eine Wertgemeinschaft, deren Mitglieder – bei aller und bewahrenswerter Verschiedenheit – verbunden sind durch gemeinsame geschichtliche und kulturelle Wurzeln, durch gemeinsame Vorstellungen von der politischen und wirtschaftlichen Organisation ihrer Gemeinwesen. Die Zugehörigkeit Polens zu dieser Wertgemeinschaft steht außer Frage.

Am Vortag der Erweiterung

Daß die Euphorie und die Aufbruchstimmung der Jahre 1989 verflogen ist, erscheint mir nur natürlich. Die Zeit der großen Reden und Visionen ist lange vorbei. Diese zu verwirklichen, dabei konkrete und oft sehr komplexe Probleme zu lösen, ist bekanntermaßen weit schwieriger - und weit weniger öffentlichkeitswirksam.

Das Ende des Kalten Krieges brachte enorme – in der Tat historische – Chancen und Möglichkeiten mit sich, die längst noch nicht hinreichend ausgeschöpft sind. Sich daran hin und wieder zu erinnern, kann nicht schaden. Denn über die Detailfragen, die uns gegenwärtig beschäftigen, dürfen wir das große übergeordnete Ziel nicht aus den Augen verlieren. Das sind wir den Europäern – innerhalb und außerhalb der Europäischen Union – schuldig. Es ist dies unsere europäische Verantwortung. Eine Verantwortung, der wir nur gemeinsam gerecht werden können.

Heute herrscht in den beitrittswilligen Ländern Mitteleuropas die Meinung vor, die EU-Mitgliedschaft werde die Verankerung ihres demokratischen Systems ergänzend festigen und die Unumkehrbarkeit des Transformationsprozesses durch die Konsolidierung jener Werte gewährleisten, mit de-

nen diese Länder mit EU-Mitgliedsstaaten und dem gesamten demokratischen, wirtschaftlichen und verteidigungspolitischen System verbunden sind. Solche Werte, wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte und der Rechte der Minderheiten sowie Marktwirtschaft, bilden den integralen Bestandteil der in Kopenhagen definierten Kriterien, deren Erfüllung den mitteleuropäischen Beitrittsländern den Weg zur EU-Mitgliedschaft ebnen sollte.

Die mitteleuropäischen Beitrittsländer erwarten ferner, die Mitgliedschaft in der Europäischen Union, die sie generell als die vollkommenste Struktur der zwischenstaatlichen multilateralen Kooperation wahrnehmen, wird ihnen Probleme lösen helfen, die die meisten Länder der Welt heutzutage nicht selbständig zu meistern vermögen. Es geht um die Beseitigung wirtschaftlicher und zivilisatorischer Rückstände und der Arbeitslosigkeit, um die Bekämpfung des organisierten Verbrechens sowie des internationalen Terrorismus, um den Umweltschutz und die Lösung zahlreicher weiterer schwerwiegender Probleme. Der sich derzeit vollziehende Anpassungsprozeß von Recht und Wirtschaft mitteleuropäischer Staaten an die Bedingungen, die von der EU definiert werden, ist für die Entstehung eines kohärenten unteilbaren Europa von historischer Bedeutung. In den Beitrittsländern herrscht die richtige Überzeugung, im Rahmen der Europäischen Union seien Infrastrukturen für die wirksame Lösung ihrer Probleme geschaffen und umfangreiche Erfahrungen aus der effektiven Mitwirkung in vorgeannten Bereichen auf der Grundlage des übergeordneten Subsidiaritätsprinzips gesammelt worden.

Europäer aus dem mittleren Teil des Kontinents erwarten ferner, daß die EU-Mitgliedschaft den internationalen Rang ihrer Staaten steigern läßt und ihren neuen Platz in Europa eindeutig bestimmen wird. Sie bewerben sich ja um die Teilhabe an der zuverlässigsten Struktur der internationalen Zusammenarbeit in Europa, die unabhängig von den vorübergehenden Schwierigkeiten meßbare Erfolge erzielt hat und durch Effizienz bei der Umsetzung ihrer Ziele besticht. Die Europäische Union ist ein Beispiel für das am meisten gelungene Modell der multilateralen Zusammenarbeit europäischer Staaten.

Dies wird von der Überzeugung begleitet, durch die Teilnahme an der Europäischen Union werden neue Mitglieder am Prozeß der Entscheidungsfindung, der für ihre Staatsräson und ihr nationales Interesse von vitaler Bedeutung ist, mitwirken und einen beachtlichen Einfluß auf die Lösungsweise wichtiger internationaler Probleme haben, was bei ihrem Verbleib außerhalb der institutionellen EU-Strukturen in einem unvergleichlich geringeren Maße möglich wäre.

Mitteuropäische Beitrittsländer sind zuversichtlich, die Europäische Union werde gemäß ihrer historischen Mission weiterhin eine wichtige Rolle bei der Regelung aller Streitfragen sowohl zwischen ihren Mitgliedern als auch zwischen den Staaten außerhalb der EU spielen. Wir bauen darauf, die EU bleibt nicht nur ein Instrument zur Intensivierung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung. Durch die Aufnahme mitteleuropäischer Länder in die EU wird das Jalta-Kapitel in der europäischen Geschichte endgültig geschlossen und auch dieser Teil unseres Kontinents in Friedens- und Stabilitätszone einbezogen werden.

Für uns ist die Europäische Union eine Ebene für die Überwindung von Klischees, die die gegenseitigen Beziehungen zwischen europäischen Völkern belasten, wie auch ein breiter Rahmen, um die Versöhnung zwischen den Völkern, darunter insbesondere die Vollendung des Versöhnungsprozesses zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk, herbeizuführen. Eine wichtige Funktion in diesem Prozeß kommt der grenzüberschreitenden Regionalkooperation zu. Grenzregionen spielen dabei eine Rolle, die man wohl nicht gebührend würdigen kann; sie lassen Menschen näher zu- und aufeinander kommen und dies nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem kulturell. Diese Zusammenarbeit wollen wir auch mit unseren Nachbarn im Osten, Rußland, der Ukraine und Weißrußland, entwickeln. Im vollen Verantwortungsbewußtsein übernehmen wir die Pflicht, die Ostgrenze der Europäischen Union vor illegaler Einwanderung, Drogenschmuggel und organisiertem Verbrechen zu schützen; wir wollen aber an der polnischen Ostgrenze keinen neuen Eisernen Vorhang fallen lassen, der erneut Europa teilen würde. Unsere Absicht ist es, uns aktiv für die Entwicklung umfassender Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und Rußland, der Ukraine und Weißrußland einzusetzen, damit in diesen

Ländern demokratische Werte, die in der Gestalt der Europäischen Union verwirklicht worden sind, Verbreitung finden.

Europas Grenzen

Ich stamme aus einem Land, daß über viele Jahre hinweg kraft geopolitischer Entscheidungen außerhalb der Grenzen Europas, außerhalb der *ubi leones* der europäischen Gemeinschaften lag. Dieses verleiht mir jedoch ein besonderes Privileg. Ich nehme die Europäische Union als einen Raum wahr, dessen Grenzen nicht endgültig beschrieben und festgelegt sind. Die Menschen des Grenzgebiets wissen, daß eine Grenze nicht ausschließlich eine Begrenzung ist, sondern auch die Chance für eine gegenseitige Begegnung und Öffnung.

Das Problem der Grenzen Europas ist kein theoretisches Problem. Davon zeugt beispielsweise der *casus* Rußland. Ist Rußland ein Teil Europas? Die Grenzen Europas sind geographisch und geopolitisch definierbar. Sowohl Geographie als auch Geopolitik sind sich über die nördlichen, südlichen und westlichen Grenzen einig. Allein die Ostgrenze ist schwer zu definieren. Immer, zumindest seit der Zeit, als der Geograph Peter des Großen, Tatiszew, befand, daß sich die Ostgrenze Europas am Ural befände, war dieses eine Konvention. Ich stelle erneut die Frage: Ist Rußland ein Teil Europas? Eine negative Antwort auf diese Frage würde eine Leugnung der dramatischen Geschichte Rußlands bedeuten, in der die Öffnung zum Westen Hoffnungen weckte und die Schließung die Abgrenzung von Europa und eine Bedeutungszunahme von Ideen, die die Modernisierung Rußlands bremsten. Kann man die Gefühle und Handlungen der Russen, die in der russischen Gesellschaft als Ergebnis der Öffnung nach Europa entstanden sind, geringschätzen? Andererseits, können wir uns eine Verbindung eines Staates mit der Europäischen Union vorstellen, der größer ist als sie selbst? Henry Kissinger sagte einmal, daß Deutschland zu groß für Europa, aber zu klein für die Welt sei. Diese Worte aufgreifend, kann man sagen, daß Rußland gegenwärtig zu groß für Europa, aber zu arm für die Welt ist. Ich denke, daß es lohnenswert ist, über Rußland in den Kategorien seiner spezifischen eurasischen Identität zu sprechen, gleichzeitig anerkennend, daß es

ein starkes Element europäischen Erbes in seinem Bewußtsein gibt. Dieses Element sollte als Chance für eine beständige und fortschreitende gegenseitige Öffnung Europas und Rußlands begriffen werden.

Ein Kandidat für die Mitgliedschaft in der EU, dessen eventueller Beitritt zu einem intellektuellen Umbruch in der europäischen Konstruktion führen kann, ist die Türkei. Die Perspektive der Mitgliedschaft eines Landes mit über sechzig Millionen Menschen, selbst wenn man von einem längeren zeitlichen Horizont spricht, zwingt die Union zum Nachdenken und zum Handeln, denn die Türkei ist entschlossen, diese Mitgliedschaft zu verwirklichen. Erstens vertreten die türkischen politischen Eliten wie auch Wirtschaftskreise deutliche Integrationsambitionen. Zweitens ist die Integration mit der Union ein Mittel zur Bewahrung des weltlichen Charakters des türkischen Staates und zu seinem Schutz, wie auch dem der gesamten Südflanke des Kontinents, vor den Einflüssen eines islamischen Fundamentalismus'. Drittens spielt die Türkei als Regionalmacht und NATO-Mitglied eine wesentliche strategische Rolle. Viertens schließlich ist die Perspektive eines Beitritts der Türkei die Chance für die Festigung eines zukünftigen Kompromisses hinsichtlich von Zypern.

Die Perspektive einer Mitgliedschaft der Türkei in der EU kann bei einer Reihe anderer Ländern europäische Aspirationen wecken. Hierbei kann man einige Gruppen solcher Länder unterscheiden.

Zu der ersten gehören einige Länder des Mittelmeerraumes, die sich im Falle der Aufnahme der Türkei in die EU auf eine unvermeidliche Umwertung des europäischen Wertsystems berufen können. Sie können daher darauf hinweisen, daß die „Bedingung“, potentielle Mitgliedskandidaten müßten christliche Wurzeln haben, aufgegeben wurde, und danach, daß auch sie Erben der antiken Kultur sind.

Die zweite Gruppe umfaßt moslemische Staaten, die auf dem europäischen Kontinent liegen, nämlich Albanien und Bosnien-Herzegowina. Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Staaten bewirkt allerdings, daß die Perspektive ihrer Integration mit der EU sehr weit entfernt ist.

Die dritte Gruppe bilden die übrigen Länder des sog. westlichen Balkans. Die zukünftige Mitgliedschaft der Türkei können sie als Herausforderung

sehen, nicht nur wegen des spezifischen historischen Kontextes (sie waren immerhin über Jahrhunderte Teil des osmanischen Imperiums), sondern vor allem mit Hinsicht auf die „Aufweichung“ der kulturellen Kriterien. Der Fall der Türkei wird sich auch in den Beziehungen der EU mit einer anderen Gruppe der Staaten widerspiegeln, nämlich mit den kaukasischen Ländern Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Diese Länder sind ein typisches Beispiel für eine Lage an den Grenzen Europas in kultureller Hinsicht; dies betrifft sowohl das christliche Georgien und Armenien wie auch das moslemische Aserbaidschan. Ähnlich wie im Falle der Länder des westlichen Balkans schafft das niedrige Niveau wirtschaftlicher Entwicklung eine zeitliche Distanz für die Perspektive ihrer Annäherung an die EU, entscheidet jedoch nicht über ihre „europäische Berufung“ oder deren Fehlen.

Keines der oben beschriebenen Dilemmas läßt sich auf einfache Weise lösen. So wie der – sogar zeitlich entfernte – Beitritt der Türkei und der Länder des westlichen Balkans unvermeidlich scheint, so kann und sollte Europa auch anderen Ländern eine Art strategischer Partnerschaft anbieten.

Gemeinsame Verantwortung für die Erweiterung

Die Vorbereitungen zur Aufnahme neuer Mitglieder sind in ihre Abschlußphase eingetreten. Die jetzigen und künftigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind somit gemeinsam dafür verantwortlich, daß diese Erweiterung ein Erfolg wird. Dies gilt nicht nur für die bereits abgeschlossenen Beitrittsvorbereitungen im engeren Sinne. Dies gilt vor allem auch für die gesellschaftliche Verankerung des Erweiterungsprozesses. Denn die Vereinigung Europas ist nicht exklusive Angelegenheit der europäischen Eliten; sie darf es auch nicht sein. Sie ist in erster Linie Sache der Menschen, die in diesem Europa leben und von ihm profitieren sollen.

Wir müssen die Europäer davon überzeugen, daß die einzigartige Chance, der Einheit Europas ein bedeutendes Stück näher zu kommen, genutzt werden muß. Wir müssen ihnen vermitteln, daß der Nutzen der Erweiterung deren Kosten bei weitem übersteigt, und zwar für alle Beteiligten. Die geradezu erschreckend geringe öffentliche Unterstützung für die Osterweite-

rung auch in den Staaten, die als Motoren der europäischen Integration bezeichnet werden, zeigt, daß dies bisher nicht wirklich gelungen ist.

Wir müssen daher konkrete Chancen aufzeigen und die Ängste und Befürchtungen, die zumeist auf Unwissenheit beruhen, durch Information und Aufklärung abbauen. Denn: nur wenn die gegenwärtigen und zukünftigen Europäer aus voller Überzeugung das Projekt der Erweiterung mittragen, kann es langfristig erfolgreich sein.

Rückbesinnung auf die Fundamente der europäischen Integration. Die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft

Die anstehende Erweiterung unterscheidet sich wesentlich von früheren Erweiterungen. Sie verlangt nicht nur seitens der Beitrittskandidaten enorme Anpassungen; sie setzt auch grundlegende Reformen in der Gemeinschaft voraus, um zu gelingen.

Sie läßt sich eher mit den Anfängen der Integrationsprozesses vergleichen, bei den ebenfalls völlig neue Wege beschritten wurden und die erst allmählich zu dem einheitlichen institutionellen System geführt haben, auf das sich die Gemeinschaft heute stützt. Die Anforderungen, die diese Erweiterung an ihre Architekten stellt, sind ähnlich hoch.

Die anstehende Erweiterung erfordert auch in höherem Maße als zum Beispiel die Erweiterung um die skandinavischen Länder und Österreich eine Rückbesinnung auf die Fundamente der europäischen Einigung. Dies betrifft zum einen die bereits angesprochenen gemeinsamen Werte. Zum anderen war das integrierte Europa immer auch eine Solidargemeinschaft, in der die Starken den Schwächeren beistanden und sie dabei unterstützten, ihre Entwicklung zu beschleunigen und ihren Rückstand aufzuholen. Dies freilich nicht aus reiner Selbstlosigkeit. Motivation war stets und nicht zuletzt das originäre Interesse, auch die eigene Zukunft zu sichern. Die Modernisierung der rückständigen Länder, die Begrenzung von Armut und Perspektivlosigkeit, die oft das Erbe der wechsel- und leidvollen europäi-

schen Vergangenheit sind, war – und ist – eine wesentliche Voraussetzung für dauerhaften Frieden und Stabilität in Gesamteuropa.

Die Frage lautet also: Wird sich die Solidargemeinschaft Europa auch diesmal bewähren, oder werden kurzfristige Kosten-Nutzen-Rechnungen und der Blick auf die nächsten Wahlen den Ausschlag geben?

Was die Diskussion um die künftige Gestalt und Identität der Union betrifft, so bin ich der Ansicht, daß das Streben nach einer abschließenden Reform der Union ein ebenso ambitioniertes wie aussichtsloses Unterfangen ist, ähnlich wie die Suche nach dem Stein der Weisen. In einer ständig im Wandel begriffenen Welt kann es eine solche *ultima ratio* nicht geben. Daher halten wir die alte – aber nicht überkommene – Monet'sche Methode der schrittweisen Reformen für den einzigen Weg, um auch in Zukunft die notwendige Flexibilität und die Dynamik der Europäischen Integration zu erhalten.

Die entscheidende Reform sollte erst nach der Osterweiterung in Angriff genommen werden. Diejenigen Staaten, die in absehbarer Zeit der Union beitreten werden, müssen in so fundamentalen Fragen ein Mitspracherecht haben.

Ein zentrales Element in der jetzigen Diskussion ist die Forderung nach einer schnelleren Integration daran interessierter Staaten. Diese Idee ist keineswegs neu. In der Tat wird eine solche engere Zusammenarbeit bereits im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion und des Schengener Abkommens praktiziert. Erste Reaktionen der Beitrittskandidaten in dieser Hinsicht wurden als eher zurückhaltend empfunden. Zu Unrecht wird allerdings daraus abgeleitet, daß diese Länder dem Konzept der engeren Zusammenarbeit grundsätzlich ablehnend gegenüberstehen. Insbesondere mit Deutschland und Frankreich arbeiten wir Polen schon seit längerem, im Rahmen des sogenannten Weimarer Dreiecks, eng und regelmäßig auf den unterschiedlichsten Gebieten zusammen. Wir hoffen, daß diese Kooperation nach dem polnischen EU-Beitritt weiter intensiviert wird und den deutsch- französischen Integrationsmotor dauerhaft verstärkt. Solche Konstellationen sollen – und werden – die einheitliche Ausrichtung europäischer Politik nicht gefährden. Man kann und sollte sie eher als einen positiven

Beitrag zu der noch im einzelnen zu gestaltenden "verstärkten Zusammenarbeit" verstehen.

Wahr ist allerdings, daß wir auch die Risiken der engeren Zusammenarbeit sehen. Vor allem sehen wir die Gefahr, daß Staaten, die außerhalb dieser neuen europäischen Avantgarde verbleiben, zu Mitgliedstaaten zweiter Klasse degradiert werden könnten. Dies gilt insbesondere für die Länder, die ohnehin noch einen langen Weg vor sich haben, bis sie ihren Entwicklungsrückstand wettgemacht und zum Feld der Altmitglieder aufgeschlossen haben. Daher muß unbedingt sichergestellt werden, daß die Gruppe der Avantgarde offen bleibt für Neuzugänge. Der Mechanismus der engeren Zusammenarbeit darf nicht dazu führen, daß andere Mitgliedstaaten aus bestimmten Bereichen der Gemeinschaftspolitiken ausgeschlossen werden. Noch darf der Eindruck entstehen, daß aus einem „Integrationsmenü“ gewählt werden kann. Dies würde wahrlich keinen Beitrag zur Vertiefung der Integration leisten.

Europa des Geistes

Bei all den notwendigen Diskussionen über Fragen politischer und wirtschaftlicher Natur, die uns in den letzten Jahren, Monaten und Wochen im Zusammenhang mit der herannahenden Erweiterung der Europäischen Union beschäftigen, sollten wir jedoch nicht vergessen, daß neben der europäischen Gemeinschaft auch so etwas wie eine europäische Gemeinsamkeit existiert. Diese europäische Gemeinsamkeit im Geistigen, im Denken, in der Wissenschaft, in der Kultur und in der Kunst wird – wie schon mehrmals zuvor – die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Systeme überdauern. Sie bildet die eigentliche Basis für standhafte Einheit, ein Fundament aus dauerhaften geistigen Bindungen. Keine Trennungslinie und keine politische Teilung kann die gemeinsame, tief verwurzelte Hierarchie der Werte abschaffen, wenn die Menschen das nicht wollen – das hat uns der Eiserne Vorhang und die Berliner Mauer gezeigt. Nun sind wir als Christen und einfach als denkende Menschen verpflichtet, die mancherorts noch existierenden Trennungslinien auf jede mögliche Weise zu überwinden und die restlichen Folgen der jahrzehntelangen Trennung abzuschaffen.

Der Begriff der Solidarität

Eine besondere Bedeutung für die Verantwortung Europas hat der schon vorher erwähnte Begriff „Solidarität“. Für mich, wie für jeden Polen, ist dieser vor allem mit der großen Bürgerbewegung verknüpft, aus dem das einem jeden Menschen innewohnenden Streben nach Freiheit geboren wurde. „Wir dürfen diese Ereignisse nicht vergessen“, so sprach unlängst Johannes Paul II. „Sie brachten nicht nur die ersehnte Freiheit, sondern trugen auch in entscheidender Weise zum Fall der Mauern bei, die fast ein halbes Jahrhundert lang die Gesellschaften und Völker unseres Teils des Kontinents von der freien Welt trennten.“ Diese gesellschaftliche Bewegung, die später Solidarität genannt wurde, stützt sich auf die Solidarität mit dem Mitmenschen, eine Solidarität, die alle Barrieren zwischen Klassen, Weltanschauungen, Kulturen und geographischen Lagen überwindet.

Einer der Grundwerte, die die Basis für das sich einende Europa bildeten, war gerade die Solidarität; dieselbe Solidarität, die viele Jahre später der polnischen antikommunistischen Opposition Kraft verlieh, den Demonstranten von Dresden, Leipzig und Ostberlin, und die heute den Hauptwert der sich neu konstituierenden erweiterten Europäischen Union bilden sollte. Auf uns ruht die Verantwortung, daß gerade dieses riesige gemeinsame Erbe des Kampfes um Freiheit, um eine bessere Zukunft für unsere Kinder und Enkel, nicht vergeudet wird. Die Erfahrungen der letzten beiden Dekaden in der Geschichte Polens und auch des letzten Jahrzehnts im wiedervereinigten Deutschland wurden zu einem realen Prüfstein für die gemeinsame Verantwortung Europas; für uns sind sie eine Aufforderung zur Verantwortung in Solidarität.

Verhältnis zu den USA

Mit der Frage nach der Identität Europas hängt auch ein anderes Thema zusammen, das ich zum Schluß kurz erwähnen möchte. Es handelt sich um das gerade in letzter Zeit vor allem im Zusammenhang mit der Irak-Krise viel diskutierte Verhältnis zu den USA.

Die Vereinigten Staaten sind uns, den Europäern, in zahlreichen Disziplinen um Lichtjahre voraus. Eines dieser Gebiete, auf dem wir noch viel aufzuholen haben ist die Bewältigung der Geschichte – ein nicht zuletzt in Polen und Deutschland konflikthaftes Thema und aktueller Stein des Anstoßes. Nehmen wir Beispiel an dem selbstkritischen Umgang mit dem Vietnamkrieg, an den zahlreichen Filmen und Dokumenten, in denen die Übergriffe der US-Soldaten thematisiert werden. Manchmal ist es unumgänglich, die Geister der Vergangenheit erneut zum Leben zu erwecken. Aufgrund dieser seltenen Fähigkeit wird heute die moralische Größe Amerikas geschätzt.

Auch bei dem Bau unseres eigenen europäischen Hauses sollten wir zur amerikanischen Erfahrung greifen, anstatt eigene Komplexe zum Ausdruck zu bringen. Die Initiative zur Kooperation muß aber von Europa ausgehen – wie es bereits 1947 der Staatssekretär George Marshall in seiner bekannten Rede vor der Harvard-Universität festgestellt hat. Zu den wichtigsten Zielen der Politik der Vereinigten Staaten gehörte damals die Wiederkehr normaler, gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse, ohne welche eine politische Stabilität und gesicherter Friede auf Dauer nicht bestehen können. Es wäre jedoch weder passend noch wirksam – fügte Marschall hinzu – ein solches Aufbauprogramm einseitig zu entwerfen. Das war – und ist immer noch – die Aufgabe der Europäer selbst.

Europa und Amerika könnten zur Achse globaler Stabilisierung und zum Zentrum des ökonomischen sowie intellektuellen Potentials werden. Die Verwirklichung dieser Möglichkeit hängt im wesentlichen von der Stärke transatlantischer Beziehungen ab. Die konsequente Realisierung der gemeinsamen Werte bringt wiederum eine Hoffnung auf das Leben in einer besseren und sicheren Welt. Eine solche Welt hatte seinerzeit Robert Schuman im Sinne, als er an seinem Integrationsplan für den alten Kontinent arbeitete.

Schlußwort – gemeinsame Zukunft der Polen und Deutschen in der EU

Die zivilisatorische Lücke, die Polen und andere mitteleuropäische Staaten von hoch entwickelten Ländern trennte – und in vielen Bereichen nach wie vor trennt – zu schließen und den Anschluß an die weltweit effizientesten Wirtschaften zu finden, erforderte Aufopferung und den Willen, wieder in der „europäischen Familie“ zu sein. Die Polen haben enorme Entschlossenheit an den Tag gelegt und eine starke politische Verantwortung bewiesen. Ich bin stolz, daß es mir beschieden war, ein Zeuge der Entstehung dieser demokratischen, bewußten und für ihren Staat verantwortlichen Gesellschaft gewesen zu sein. Diese Gesellschaft war und ist willens, Klischees – und damit nicht zuletzt auch die schwierige Vergangenheit, die Polen und Deutschland hinter sich haben – zu überwinden. Vor uns liegt nun die gemeinsame Zukunft im Rahmen der Europäischen Union. Ich hoffe, die gegenseitige Unterstützung wird unter den Prioritäten unserer Länder auch nach dem EU-Beitritt Polens bleiben.

ZEI DISCUSSION PAPER: Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania
in the 21st Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens

- C 54 (1999) Lothar Rühl
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev
Southeastern Europe at the beginning of the 21st century
- C 83 (2001) Lothar Rühl
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl
Der EURO und die Zukunft Europas

- C 104 (2002) Ludger Kühnhardt
The Lakes of Europe
- C 105 (2002) Katharina von Schnurbein
Der tschechische EU-Beitritt: Politischer Prozeß wider die öffentliche Meinung
- C 106 (2002) Andrew Dennison
Shades of Multilateralism. U.S. Perspectives on Europe's Role in the War on Terrorism
- C 107 (2002) Boris Hajoš et.al.
The Future of the European Integration Process: Ideas and Concepts of Candidate Countries
- C 108 (2002) Hans von der Groeben
Europäische Integration aus historischer Erfahrung. Ein Zeitzeugengespräch mit Michael Gehler
- C 109 (2002) Emil Mintchev /Klaus Bünger
A Sustained Economic Revival in Kosovo. Need for a Liberal Concept
- C 110 (2002) Michael Lochmann
Die Türkei im Spannungsfeld zwischen Schwarzmeer-Kooperation und Europäischer Union
- C 111 (2002) Indra de Soysa / Peter Zervakis (eds.)
Does Culture Matter? The Relevance of Culture in Politics and Governance in the Euro-Mediterranean Zone
- C 112 (2002) José Manuel Martínez Sierra
The Spanish Presidency. Buying more than it can choose?
- C 113 (2002) Winfried Loth
Europäische Identität in historischer Perspektive
- C 114 (2002) Hansjörg Eiff
Serbien – zwei Jahre nach Milosevics Sturz
- C 115 (2002) Peter Doyle
Ireland and the Nice Treaty
- C 116 (2002) Stefan Fröhlich
Das Projekt der Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP): Entwicklungen und Perspektiven
- C 117 (2003) Ludger Kühnhardt
Welche Grenzen setzt die Globalisierung der europäischen Integration?
- C 118 (2003) Franz-Josef Meiers (Hrsg.)
Die Auswirkungen des 11. September 2001 auf die transatlantischen Beziehungen
- C 119 (2003) Hubert Iral
Between Forces of Inertia and Progress: Co-decision in EU-Legislation
- C 120 (2003) Carlo Masala (ed.)
September 11 and the Future of the Euro-Mediterranean Cooperation
- C 121 (2003) Marcus Höreth
When Dreams Come True: The Role Of Powerful Regions In Future Europe
- C 122 (2003) Glen Camp
The End of the Cold War and US-EU-Relations
- C 123 (2003) Finn Laursen / Berenice L. Laursen
The Danish Presidency 2002: Completing the Circle from Copenhagen to Copenhagen
- C 124 (2003) ZEI (Hrsg.)
Der Verfassungsentwurf des EU-Konvents. Bewertung der Strukturentscheidungen
- C 125 (2003) Hans-Christian Maner
Multiple Identitäten – Der Blick des orthodoxen Südosteuropa auf „Europa“
- C 126 (2003) Janko Prunk
Die rationalistische Zivilisation
- C 127 (2003) Władysław Bartoszewski
Europas Identität nach der Osterweiterung

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

ZEI – DISCUSSION PAPERS are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.